Niederschrift

über die 26. Sitzung des Stadtrates Wörth a. Main am 16. Juni 2010

Zu der Sitzung waren alle Stadträte ordnungsgemäß geladen. Erschienen sind der Erste Bürgermeister und 16 Stadtratsmitglieder. Die Stadträte Kettinger, Schulz, Stappel und Wicha fehlten entschuldigt.

Ferner waren anwesend: VOAR Firmbach

VOAR A. Englert

Die Sitzung war öffentlich von TOP 1-6, nichtöffentlich von TOP 7-9 und dauerte von 19.00 Uhr bis 21.00 Uhr. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt.

1. <u>Bürgerfragestunde</u>

Während der Bürgerfragestunde wurden keine Anliegen an den Stadtrat herangetragen:

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates am 19.05.2010

Der Stadtrat beschloß, die Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates am 19.05.2010 zu genehmigen.

3. <u>Sanierung des Obertors – Aufhebung von Ausschreibungsverfahren</u>

In seiner Sitzung vom 19.05.2010 hatte der Stadtrat beschlossen, auf die vom Büro stendel architekten vorgeschlagene Errichtung einer WC-Box am Obertor wegen fehlender Förderung durch die Regierung zunächst zu verzichten. Zu diesem Zeitpunkt waren die jeweils beschränkten Ausschreibungsverfahren für Rohbau- und Stahlbauarbeiten bereits eingeleitet.

Insbesondere im Gewerk Rohbau führt der Verzicht auf die WC-Anlage zu einem Entfall eines Großteils der ausgeschriebenen Leistungen. Aber auch im Stahlbau ergeben sich erhebliche Verschiebungen, zumal die Außentreppe kürzer und damit wirtschaftlicher ausgeführt werden kann. Schließlich müssen die vorgesehenen Stahlklappen an den Fensteröffnungen entfallen, da diese als zweiter Rettungsweg freizuhalten sind. Der Umfang der entfallenden Leistungen hat erhebliche Auswirkungen auf die Kalkulationsgrundlagen der Bieter; eine Bindung an die übrigen Einheitspreise kann daher nicht gefordert werden. Hinzu kommt, daß für die Stahlbauarbeiten nur ein Angebot vorliegt, das als nicht wirtschaftlich angesehen werden muß

Der Stadtrat faßte folgende Beschlüsse:

Die beschränkte Ausschreibung für das Gewerk Rohbauarbeiten wird aufgehoben. Die verbliebenen Rohbauarbeiten werden freihändig an die wenigstnehmende Fa. Wolfstädter, Wörth, vergeben.

Die beschränkte Ausschreibung des Gewerks Stahlbauarbeiten wird gem. § 25 Nr. 3 Abs. 1 VOB/A aufgehoben. Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig eine freihändige Vergabe der Arbeiten vorzubereiten und dabei wenigstens drei Firmen zu beteiligen.

4. Umbau der Landstraße - Auswahlverfahren für ein Planungsbüro

Für die Sanierung des Stadtteils Neu-Wörth war in den letzten Jahren jeweils eine Bedarfsmitteilung im Bund-/Länder-Städtebauförderungsprogramm an die Regierung von Unterfranken gerichtet worden. Eine grundlegende Neuausrichtung der Städtebauförderung auf Bundesebene hat dazu geführt, daß dieses langfristig ausgerichtete "Grundprogramm" ausläuft und durch themenbezogene, kurzfristige angelegte Sonderprogramme ersetzt wird. Auch für die Stadt bedeutet dies eine erhebliche Umorientierung, da die konkreten Sanierungsprojekte nunmehr auf die Zielsetzungen der Förderprogramme abgestimmt werden müssen.

Die Regierung von Unterfranken hat in einer ausführlichen Vorbesprechung folgende Projekte

als aussichtsreich für das Programm "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" beurteilt:

- Rückbau der Landstraße zwischen Bahndamm und Frühlingstraße
- Neugestaltung des Bahnhofsumfelds einschließlich Pfarrer-Adam-Haus-Straße
- Neugestaltung der Luxburgstraße und des Marktplatzes

Aus Sicht der Verwaltung ist der Rückbau der Landstraße prioritär, da im Bereich des Bahnhofs noch die Ergebnisse des Projekts "Freundliche Bahnhöfe" abzuwarten sind. Der trennende Charakter der Landstraße und ihr Ausbauquerschnitt, der noch auf den überaus starken Durchgangsverkehr vor dem Bau der Umgehungsstraße ausgerichtet ist, bedürfen dringend der Korrektur.

Der Bau- und Umweltausschuß schloß sich dieser Einschätzung in seiner Sitzung vom 07.06.2010 überwiegend an. Auf Anfrage von Stadtrat Ferber machte Bgm. Dotzel deutlich, daß zunächst nur die notwendigen Schritte zur Erstellung einer antragsreifen Vorplanung eingeleitet werden sollen. Hierdurch sollen die für die weitere Beratung notwendigen Vorgaben auch finanzieller Art geschaffen werden. Dem Stadtrat steht es jederzeit frei, das Vorhaben zurückzustellen oder ganz aufzugeben. Entscheidend ist, daß der Antrag auf Aufnahme in das Förderprogramm bis zum 01.10. gestellt sein muß; danach ist eine nachträgliche Aufnahme aus Sicht der Verwaltung für mehrere Jahre ausgeschlossen.

Der Bau- und Umweltausschuß faßte nach ausführlicher Beratung folgenden Empfehlungsbeschluß:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Büro Neu sowie zwei weitere geeignete Fachbüros zu einer Vorstellung im Stadtrat einzuladen. Je nach dem Ergebnis der Voruntersuchungen, die auch den Bereich der Volksschule umfassen sollen, wird der Stadtrat entscheiden, ob ein Aufnahmeantrag an die Regierung von Unterfranken gestellt wird oder nicht.

Abweichend hiervon schlug Bürgermeister Dotzel nach abermaliger Rücksprache mit der Regierung von Unterfranken vor, einen Architektenwokshop mit den Bewerbern unter Führung des Büros Prof. Schirmer (Würzburg) durchzuführen, der derartige Veranstaltungen wiederholt erfolgreich moderiert hat. Als positiv hat sich dabei insbesondere die sofortige Beteiligung der betroffenen Anwohner wie auch des Stadtrates herausgestellt.

Stadtrat Ferber vertrat die Auffassung, der Umbau der Landstraße sei im Vergleich zu den zu behebenden Mißständen im Bahnhofsbereich keinesfalls vorrangig. Stadtrat Jens Marco Scherf äußerte die Befürchtung, die Stadt könne auf absehbare Zeit nur eine Maßnahme realisieren und eine Bevorzugung der Landstraße führe zu jahrelangem Stillstand am Bahnhof.

Nach intensiver Beratung beauftragte der Stadtrat auf Vorschlag von Bgm. Dotzel die Verwaltung, die zuständige Referentin der Regierung und Herrn Prof. Schirmer zu einer gemeinsamen Begehung mit dem Stadtrat einzuladen, bei der beide Bereiche besichtigt und die jeweiligen Argumente ausgetauscht werden sollen.

5. <u>Zulassung von privaten Feuerwerken im Stadtbereich</u>

Die Fa. "Art of Fire", Ronneburg, hat für den 19.06.2010 ein Großfeuerwerk angezeigt, das mit Einverständnis des FSV vom Sportplatz Wiesenweg aus abgefeuert werden soll. Anlaß ist eine private Hochzeitsfeier des Geschäftsführers in Wörth. Nachdem die Verwaltung hiergegen Bedenken sowohl in Hinblick auf die sensible Umgebung (Campingplatz, Gastanks) als auch das Ruhebedürfnis der Anwohner insgesamt erhoben hatte, wurde ihr von der zuständigen Gewerbeaufsicht am 09.06. mitgeteilt, daß der Stadt derzeit nur äußerst eingeschränkte Einwirkungsmöglichkeiten zustehen, zumal alle sicherheitsrelevanten Belange von dort geprüft und durch entsprechende Beschränkung der Art der Feuerwerkskörper berücksichtigt würden.

Zur örtlichen Regelung dieser Frage sei der Erlaß einer Satzung denkbar, die private Feuerwerke grundsätzlich ausschließt. Die Verwaltung empfiehlt, diese Möglichkeit zu nutzen, um künftig überhaupt nennenswerten Einfluß auf solche Veranstaltungen ausüben zu können.

Der Stadtrat beauftragte die Verwaltung, eine entsprechende Satzung auszuarbeiten. Dabei soll vorgesehen werden, daß Feuerwerke der Klasse II von der Verwaltung, Feuerwerke der Klasse IV jedoch nur vom Stadtrat ausnahmsweise zugelassen werden können.

6. Anfragen

- Stadtrat Jens Marco Scherf bat angesichts aktueller Studien dringend darum, auf den Einsatz des Herbizids "Round-up" bei der Pflege der städtischen Grünflächen zu verzichten.
 Bgm. Dotzel sagte zu, dies zu überprüfen.
- Auf Anfrage von Stadtrat Jens Marco Scherf gab Bgm. Dotzel bekannt, daß der Antrag der Städte Wörth, Erlenbach und Klingenberg zur Förderung der Jugendsozialarbeit an den Hauptschulen vom Jugendhilfeausschuß des Landkreises erneut nicht beraten wurde, da der Landkreis eine finanzielle Unterstützung kategorisch ablehnt. Er sagte zu, mit Landrat Schwing und auch mit den kommunalen Spitzenverbänden klärende Gespräche in dieser Frage zu führen.
- Auf Anfrage von Stadtrat Hofmann teilte Bgm. Dotzel mit, daß bei eine eventuellen Auflösung des Zweckverbandes "Kommunale Verkehrsüberwachung im Landkreis Miltenberg" für die Verbandsmitglieder keine Verpflichtung zur Übernahme frei werdenden Personals besteht.
- Stadtrat Siebentritt fragte an, bis wann mit der Vorlage des Haushaltsplanentwurfs 2010 zu
 rechnen ist. Bgm. Dotzel und Stadtkämmerer Firmbach äußerten hierzu die Absicht, möglichst bis zur Sommerpause einen Doppelhaushalt 2010/2011 vorzulegen. Begründet wurde die Verzögerung insbesondere mit der fristgebundenen Abrechnung mehrerer Baumaßnahmen gegenüber den jeweiligen Zuwendungsgebern.

Wörth a. Main, 17.06.2010

Dotzel Erster Bürgermeister A. Englert Protokollführer